

414682-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Vermessungsdienste – Rahmenvertrag über Vermessungsleistungen Bund
OJ S 115/2026 17/06/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

E-Mail: einkauf@berlin-airport.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rahmenvertrag über Vermessungsleistungen Bund

Beschreibung: Vergeben werden Rahmenverträge mit voraussichtlich zwei Unternehmen über Vermessungsleistungen u.a. für Freiflächen, ober- und unterirdische Infrastruktur und bauliche Anlagen, Gebäudeumringe, Ingenieurbauwerke (z.B. Brücken, Wehre, Versickerungsanlagen), Verkehrsanlagen, Flächenbauwerke (z.B. Flugbetriebsflächen) sowie für die planungs- und baubegleitende Erstellung bzw. Fortführung von Bestandsunterlagen.

Kennung des Verfahrens: e32e019b-3f03-4831-865a-a23cfb247639

Interne Kennung: EB-2026-0019

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71353200 Vermessungsdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71355000 Vermessungsarbeiten

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH

Stadt: Schönefeld

Postleitzahl: 12529

Land, Gliederung (NUTS): Dahme-Spreewald (DE406)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 1 600 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1) Durch diese Bekanntmachung wird der Teilnahmewettbewerb (TNW) begonnen, in dem sich die interessierten Unternehmen mit den in dieser Bekanntmachung angegebenen Angaben, Erklärungen u. Nachweisen um die Aufforderung zur Angebotsabgabe bewerben - *KEIN ANGEBOT*. Erst eine erfolgreiche Bewerbung mit

positiver Eignungsprüfung u. -bewertung durch den AG führt zur Versendung der Vergabeunterlagen. 2) Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich unter Nutzung der Funktionalität der Vergabeplattform unter Angabe der Bezeichnung der Maßnahme u. des Aktenzeichens EB-2026-0019 zu erfolgen. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis zum 08.07.2026, 11:00 Uhr, an die bezeichnete Stelle unter Nutzung der Funktionalität der Vergabeplattform eingegangen sind. Mündliche o. verspätete Anfragen werden nicht beantwortet. Der AG wird etwaige Informationen (auch die Formulare) u. Beantwortung von Fragen von Bewerbern zum TNW sowie sonstige Klarstellungen des AG, die das Vergabeverfahren betreffen, auf der Internetseite veröffentlichen:

<https://vergabekooperation.berlin/NetServer/index.jsp>. Der AG empfiehlt daher allen Bewerbern, täglich den vorbenannten Link zum Abruf von aktuellen Informationen u. Klarstellungen des AG sowie Antworten von Bewerberanfragen zum Vergabeverfahren zu nutzen. Die Bewerber sollen die vom AG zur Verfügung gestellten Formulare verwenden, ausfüllen u. durch die geforderten Angaben, Erklärungen u. Nachweise ergänzen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend. 3) Mit der Benennung der Referenzen stimmt der Bewerber/ BewGe der Kontaktaufnahme durch den AG zu den jeweiligen Referenzgebern zu. 4) Der Auftraggeber weist darauf hin, dass allein der Inhalt der vorliegenden EU-weiten Bekanntmachung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird u. der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlichen Bekanntmachungen nicht vollständig, unrichtig oder verändert wiedergegeben wird. 5) Der Auftraggeber behält sich vor, bei Unterschreitung der Mindestzahl von drei zulassungsfähigen Bewerbungen, das Vergabeverfahren aufzuheben. Der Auftraggeber behält sich zudem vor, bei einer Unterschreitung der Mindestzahl von drei wertungsfähigen Angeboten das Vergabeverfahren aufzuheben.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Korruption: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Betrug: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf.

Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf.

Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Die nachstehenden Angaben /Erklärungen /Nachweise sind von den

Bewerbern/Bietern (der Begriff Bewerber/Bieter wird als Synonym auch für Bewerbergemeinschaften (BewGe)/Bietergemeinschaften (BieGe) verwendet) bzw. von jedem Mitglied der BieGe /BewGe, etwaigen Dritten sowie von allen für die Leistungserbringung vorgesehenen Nachunternehmern (NU) vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen /Angebote ist nicht ausreichend. Ausländischen Bewerbern wird die Vorlage vergleichbarer Nachweise gestattet. Soweit Eigenerklärungen verlangt werden, hat der Bieter auf Verlangen weitere Nachweise vorzulegen. 1) Bezeichnung des Bewerberunternehmens / Bieterunternehmens mit Firma und Anschrift sowie Angabe eines für das Verfahren zuständigen Ansprechpartners mit E-mail und Telefonnummer. 2) Eigenerklärungen gem. §§ 123, 124 GWB sowie § 21 SchwarzArbG, § 21 AEntG, § 98 c AufenthG, §§ 22 LkSG und § 14 Abs. 1 des Bundestariftreuegesetzes (BTTG). Eigenerklärungen gemäß § 19 Abs. 1 und Abs.

3 i.V.m., § 21 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) sowie Erklärung zum vertraulichen Umgang mit sämtlichen Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen sowie sämtlichen zugänglich werdenden Betriebsdaten, Unterlagen und sonstigen Informationen ('Vertrauliche Informationen'). Der AG stellt hierzu ein Formblatt "Eigenerklärung §§ 123, 124 GWB_Datenschutz und Vertraulichkeit_VgV" zur Verfügung. 3) Eigenerklärung zu Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833 /2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022 /576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Der AG stellt hierzu das Formblatt "Eigenerklärung zum Artikel 5k der Verordnung EU Nr. 833 /2014_VgV" zur Verfügung. 4) Sofern eine Bewerbung als BewGe /BieGe erfolgt, ist mit dem Teilnahmeantrag /Angebot eine von allen Mitgliedern der BewGe /BieGe ausgefüllte Erklärung einzureichen, aus der sich auch die gesamtschuldnerische Haftung im Zuschlagsfall, die Namen sämtlicher Mitglieder der BewGe /BieGe, ein bevollmächtigter Vertreter ergibt. BewGe /BieGe haben eine Erklärung folgenden Inhalts abzugeben: Sämtliche Mitglieder der BewGe /BieGe bzw. der Vertreter der BewGe /BieGe haben /hat darzulegen, dass die Bildung keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt. Darüber hinaus ist von den Mitgliedern der BewGe /BieGe bzw. dem Vertreter dieser zu erklären, inwiefern für das jeweilige beteiligte Unternehmen wirtschaftlich zweckmäßige und kaufmännische Gründe vorliegen, sich nicht allein um die Auftragsvergabe zu bewerben. Der AG stellt hierzu ein Formblatt "Bewerber-Bietergemeinschaftserklärung_VgV" zur Verfügung. Es kann auf Anlagen verwiesen werden. 5) Der Bewerber /Bieter kann sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Eignung) der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter /Nachunternehmer) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). Zum Nachweis der Eignung hat der Bewerber / Bieter diese Dritten in seinem Teilnahmeantrag /Angebot zu benennen und die unter Eignung zur Berufsausübung dieser Bekanntmachung genannten Angaben /Erklärungen / Nachweise auch für diesen Dritten in dem Umfang vorzulegen, indem er sich auf dessen Fähigkeiten beruft. Mit dem Teilnahmeantrag /Angebot ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte mit den erforderlichen Mitteln für das Erbringen der Leistungen zur Verfügung steht. Der AG stellt hierzu ein Formblatt Erklärung zum Einsatz Nachunternehmers "Verpflichtungserklärung Dritte_Eignungsleihe_VgV" zur Verfügung. 6) Der AG behält sich vor, weitere Unterlagen beizuziehen bzw. zu verlangen. Werden die o.g. Erklärungen nicht eingereicht, kann ein Ausschluss des Teilnahmeantrages /Angebotes wegen fehlender Eignung erfolgen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Rahmenvertrag über Vermessungsleistungen Bund

Beschreibung: Die Leistungen umfassen im Wesentlichen Vermessungsleistungen für Freiflächen, ober- und unterirdischer Infrastruktur und bauliche Anlagen sowie Verkehrsanlagen. Planungs- und baubegleitende Erstellung von Bestandsunterlagen durch Einsatz von Tachymeter/GNSS. Fortführung von Bestandsunterlagen (3D) unter Verwendung der Programmsysteme Bentley MicroStation, Bentley OpenCities Map.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71353200 Vermessungsdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71355000 Vermessungsarbeiten

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 600 000,00 EUR

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 1 600 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Die zu beschaffenden Leistungen betreffen Anlagen, die sich nach der Fertigstellung/während der Bauzeit innerhalb des Sicherheitsbereichs nach LuftSiG befinden. Zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Flughafenbetriebs werden daher die Vergabeunterlagen (VU) nur den im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerbern zur Verfügung gestellt. Der AG wird die VU erst mit der "Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes" zur Verfügung stellen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestanforderungen Technischen Ausstattung:

Eigenerklärung des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft oder Dritter (Eignungsleihe) über die Verfügbarkeit der Software Bentley MicroStation und Bentley OpenCities Map wie folgt:

Innendienst: mind. 3 PC-Arbeitsplätze mit den nachfolgend genannten Programmsystemen - Bentley MicroStation V8.i zz. Version 08.11.07.446 oder höher - Bentley OpenCities Map Advanced 2023 Version 23.00.02.53 oder höher.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestanforderung: Eine Referenz der Art: Erbringung von Vermessungsleistungen inkl. Übernahme der Bestandsdaten in ein vorgegebenes Zielsystem des jeweiligen Auftraggebers. Leistungsumfang: Flächengröße von mind. 50.000 m² sowie ober- und / oder unterirdische Kabel- oder Leitungsnetze mit einer Länge von mind. 20 km. Die Leistungen sind ab dem 01.01.2023 erbracht worden.

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestanforderungen: Eigenerklärung des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft oder Dritter (Eignungsleihe) über den Personalbestand des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft oder Dritter (Eignungsleihe): 1) in den letzten drei Jahren (2023, 2024, 2025) durchgängig mindestens 4 festangestellte Vermessungsingenieure der Fachrichtungen Geodäsie/ Vermessungswesen oder Geoinformatik mit jeweils mindestens 2 Jahren Berufserfahrung und 2) in den letzten drei Jahren (2023, 2024, 2025) durchgängig mindestens 6 festangestellte Fachkräfte, deren Zusammensetzung jeweils einer der folgenden Alternativen entspricht. Für die Erfüllung der Anforderung genügt, wenn in jedem der drei

Jahre jeweils eine der folgenden Alternativen erfüllt ist: a) mindestens 6 festangestellte Vermessungstechniker mit Abschluss an einer staatlich anerkannten Fachschule und jeweils mindestens 2 Jahren Berufserfahrung oder b) mindestens 4 festangestellte Vermessungstechniker mit Abschluss an einer staatlich anerkannten Fachschule und jeweils mindestens 2 Jahren Berufserfahrung sowie mindestens 2 festangestellte Mitarbeitende für die Einarbeitung von Bestandsdaten mit einer abgeschlossenen Ausbildung als Bauzeichner, technischer Zeichner oder Geomatiker und jeweils mindestens 2 Jahren Berufserfahrung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung des Bewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft / Dritter (Eignungsleihe) über den durchschnittlichen Gesamtjahresumsatz (netto) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025). Die Umsatzangaben sind für jedes Jahr separat zu machen. Als Mindestanforderung gilt ein durchschnittlicher Gesamtjahresumsatz (netto) des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft oder Dritter (Eignungsleihe) in Höhe von 400.000 Euro.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Gesamthonorar gemäß Preisblatt

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://vergabekooperation.berlin/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19ebb93648b-f3061fc83c05f73

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabekooperation.berlin/NetServer/index.jsp>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 17/07/2026 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge erfolgt nach folgendem Procedere: 1. Prüfung der Teilnahmeanträge auf Einhaltung der Formalien (insb. form- und fristgerechte Übermittlung und Einreichung, §§ 56 Abs. 1, 57 VgV). 2. Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen der geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise und

Entscheidung über etwaige Nachforderungen gemäß § 56 Abs. 2 ff. VgV. 3. Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB und Erfüllung von Mindestanforderungen an die Eignung). 4. Prüfung der Eignung des Unternehmens gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Unternehmen eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: a) Das durch den AN einzusetzende Personal muss vor Leistungsbeginn die Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen (gemäß § 7 LuftSiG) erfolgreich bestanden haben. b) Alle eingesetzten AN-Mitarbeiter müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung, teilweise mit erneutem Aufruf zum Wettbewerb, teilweise ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 2

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rügen ergeben sich insbesondere aus § 160 Abs. 3 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist der Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Zudem wird hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen auf die Regelungen der §§ 134, 135, 160 GWB hingewiesen. Die FBB geht davon aus, dass die im Rahmen der Gesamtmaßnahme durchgeführten Vergabeverfahren aufgrund der Gesamtstruktur der Gesamtmaßnahme, insbesondere der Finanzierung, Steuerung und Einbindung des Bundes, vergaberechtlich dem Bund zuzurechnen sind. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass für etwaige Nachprüfungsverfahren die Zuständigkeit der Vergabekammer des Bundes gemäß § 156 Abs. 1 GWB in Verbindung mit § 159 Abs. 1 GWB eröffnet ist. Diese Einschätzung beruht auf einer Gesamtbetrachtung der projektbezogenen Umstände und stellt keine präjudizielle Festlegung dar. Maßgeblich bleibt die gesetzliche Zuständigkeitsregelung nach den §§ 156, 159 GWB.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

Registrierungsnummer: DE223892319

Postanschrift: Am Harder 1

Stadt: Schönefeld

Postleitzahl: 12529

Land, Gliederung (NUTS): Dahme-Spreewald (DE406)

Land: Deutschland

Kontaktperson: <https://vergabekooperation.berlin/NetServer>

E-Mail: einkauf@berlin-airport.de

Telefon: +49 306091-70642

Fax: +49 306091-70641

Internetadresse: <https://ber.berlin-airport.de/de.html>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes

Registrierungsnummer: +49 22894990

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

Internetadresse: https://www.bundeskartellamt.de/DE/Vergaberecht/vergaberecht_node.html#doc55656bodyText1

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a1d2a67b-cd66-401d-a85b-82e2bce9ca60 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/06/2026 13:38:27 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 414682-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 115/2026
Datum der Veröffentlichung: 17/06/2026